



**Hartmut Koschyk**  
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied im Finanzausschuss  
des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Carsten Sieling MdB  
Platz der Republik  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-4245

FAX +49 (0) 30 18 682-4404

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 5. Juli 2011

BETREFF **Ihre schriftlichen Fragen Nr. 265, 266 und 267 für den Monat Juni 2011**

GZ **IV D 4 - S 1900/10/10039 :009**

DOK **2011/0533998**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

*Lieber Herr Dr. Sieling,*

Ihre Fragen,

1. „Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen von EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso hinsichtlich der Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlages zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Oktober 2011 vor dem Europäischen Parlament am 22. Juni 2011 (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20110622+TOC+DOC+XML+V0//DE&language=DE> TOP 11 und 13), und welche konkreten Auswirkungen werden diese Aussagen auf die seit dem Jahreswechsel 2010/2011 im Bundesministerium der Finanzen stattfindenden Arbeiten am Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer haben (vgl. z. B. Financial Times Deutschland vom 16. Dezember 2010)?“
2. „Welche Mitgliedsländer der EU, der OECD und der G20 haben sich bisher offiziell für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen und unterstützen damit die Position der Bundesregierung zur Einführung einer solchen Steuer, und welche Mitgliedsländer der EU, der OECD und der G20 haben im Rahmen internationaler oder bilateraler Gesprächen ihr grundsätzliches Interesse an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer gezeigt?“
3. „An welchem konkreten Datum wird nach Kenntnisstand der Bundesregierung das Impact Assessment der EU-Kommission zur Besteuerung des Finanzsektors durch eine Finanztransaktionssteuer bzw. Finanzaktivitätssteuer veröffentlicht?“

beantworte ich wie folgt:

1. Die Bundesregierung begrüßt die Aussagen des EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso zur Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlags zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Dies unterstreicht, dass die Bundesregierung mit ihrem stetigen Werben für eine Finanztransaktionsteuer erfolgreich war und den richtigen Weg vorangeschritten ist. Um die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zu erreichen, wird die Bundesregierung weiterhin aktiv die Anstrengungen und Bemühungen der EU-Kommission unterstützen. Die Arbeiten an der Ausgestaltung einer Finanztransaktionsteuer im Bundesministerium der Finanzen werden fortgesetzt.

Allerdings lehnt die Bundesregierung die von der Kommission am 29. Juni 2011 zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020 vorgeschlagene Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionsteuer sowie jede neue Eigenmittelart zur Finanzierung des EU-Haushaltes ab. Dies entspricht der Vereinbarung des Koalitionsvertrages. Bereits die derzeitigen Finanzierungsquellen gewährleisten ein ausreichendes EU-Eigenmittelaufkommen. Die Bundesregierung tritt vielmehr für eine Vereinfachung des Eigenmittelsystems auf Basis der BNE-Eigenmittel ein und setzt sich daher für eine Abschaffung der MwSt-Eigenmittel ein.

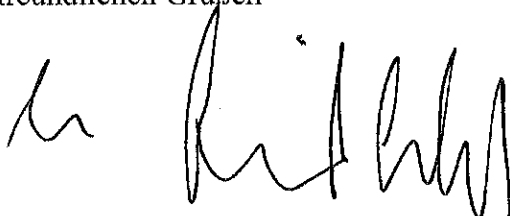
Die Einführung einer Finanztransaktionsteuer als EU-Steuer wäre europarechtlich höchst fragwürdig. Es wird keine originäre Besteuerungskompetenz der EU nach geltendem Unionsrecht gesehen.

Ein grundlegender institutionell-demokratischer Umbau der Union erschiene erforderlich. EU-Steuern hätten unerwünschte Umverteilungseffekte, da diese nicht die Wirtschaftskraft eines Mitgliedstaates widerspiegeln würde. Bei übermäßigen Belastungen einzelner Mitgliedstaaten würden erneut Rabatte gefordert, die das derzeitige System der Eigenmittel noch mehr verkomplizieren würden.

Bei einer auf EU-Ebene harmonisierten Finanztransaktionsteuer sollten die Einnahmen den nationalen Haushalten zufließen.

2. Neben Deutschland haben sich Frankreich und Österreich für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer ausgesprochen.
3. Der Bundesregierung ist kein konkretes Datum bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. R. ...', written in a cursive style.